

SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Antrag Nr. 2622/2012)

Eingereicht am 15.11.2012 um 16:00 Uhr.

Organisations- und Personalausschuss, Verwaltungsausschuss

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine verbindliche Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für Waren und Dienstleistungen (VOL/A) zukünftig gewährleistet wird. Darüber hinaus soll geprüft werden, wie sichergestellt werden kann, dass die genannten Kriterien von den Auftragnehmern bei der Auftragsausführung eingehalten werden müssen. Mit diesem Prüfauftrag soll erreicht werden, dass die entsprechenden sozialen und ökologischen Kriterien umfassend und verbindlich bei den Auftragsausführungen nach Ausschreibungen bzw. Vergaben von den Auftragnehmern im Einklang mit europäischem Vergaberecht eingehalten werden müssen.

Begründung

Die Landeshauptstadt Hannover beschafft als öffentlicher Auftraggeber im Rahmen der VOL/A für über 50 Mio. Euro pro Jahr Waren und Dienstleistungen für die Erledigung ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben. Bauleistungen (VOL/B) sind in diesem Auftragsvolumen nicht enthalten. Gemäß dem aktuellen Stand des Vergaberechts dürfen öffentliche Auftraggeber bei der Auswahl des jeweils wirtschaftlichsten Angebots auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen. Entsprechende Forderungen von möglichst vielen öffentlichen Auftraggebern in Bund, Ländern und Gemeinden können dafür sorgen, dass sich Arbeitsbedingungen und die Umweltverträglichkeit bei der Herstellung bis zur Lieferung von vielen Produkten oder bei Dienstleistungen deutlich verbessern. Soziale Kriterien wurden bereits in verschiedenen Ratsdrucksachen behandelt oder sind Gegenstand von verwaltungsinternen Vorschriften. Beispiele dafür sind:

- Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen,
- Einsatz von fair gehandelten und ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellten Produkten,
- Tariftreue,
- Entgeltgleichheit von Frauen und Männern und
- Beschäftigung von sozialversicherungspflichtigen ArbeitnehmerInnen.

Die Europäische Union unterstützt außerdem seit 2004 auch die Berücksichtigung ökologischer Kriterien bei Ausschreibungsverfahren (Green Public Procurement, kurz GPP).

Ein Stichwort dazu ist zum Beispiel die Lebenszyklus-orientierte Beschaffung. Auch gibt es für eine Reihe von Produkten GPP-Kriterien der EU (z.B. für Papier, Reinigungsleistungen, Datenverarbeitungsgeräte etc.)

Zur Beachtung von sozialen und ökologischen Kriterien bei der Auftragsausführung für die Landeshauptstadt Hannover erhielten die Bieter zum Teil schriftliche Informationen im Rahmen der Ausschreibungsunterlagen. Mit dem im Antrag enthaltenen Prüfauftrag soll erreicht werden, dass die entsprechenden sozialen und ökologischen Kriterien nun umfassend und verbindlich bei den Auftragsausführungen nach Ausschreibungen bzw. Vergaben von den Auftragnehmern eingehalten werden müssen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 16.11.2012